Ausgabe AEG - Telefunken Nr. 27 Oktober 71

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPRESSE

BETRIEBSZEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

AEG-TELEFUNKEN - EINE FESTE BASTION DES RASSISMUS UND KOLONIALISMUS IN SÜDAFRIKA

Der Vorstand von AEG-Telefunken gab vor einigen Wochen bekannt, daß die Aktivitäten der Gesellschaft in Südafrika nun schon 75 Jahre andauern. 75 Jahre also arbeitet AEG-Telefunken schon an der Aufrechterhaltung des Rassismus und der Unterdrückung in Südafrika. Und die AEG-Kapitalisten wollen das Geschäft des Kolonialismus noch verstärken. Südafrika soll dabei einer der Hauptstützpunkte sein. Das Cabora-Bassa-Projekt dient dazu, den Stützpunkt noch besser zu befestigen.

DAS CABORA-BASSA-PROJEKT IST EIN SPALTUNGSINSTRUMENT GEGEN DIE INTERNATIONALE ARBEITERKLASSE

Im Inland verschärfen die Kapitalisten die Arbeitshetze. Durch Drohungen mit Stillegungen und Verlagerungen von Produktionsstätten versuchen die Kapitalisten unter der Arbeiterklasse Krisenangst zu schüren und sie in ihrem Kampf um berechtigte Lohnerhöhungen zu schwächen.
In dieser Phase der sich auswirkenden Krise und der verschärften internationalen Konkurrenz wollen die Kapitalisten die niedrigen Löhne und die hohe Profitrate, die brutale und faschistische Unterdrückung der Volksmassen in den Ländern der Dritten Welt für ihre Profitinteressen ausnutzen. Durch den Aufbau von Produktionsstätten in den unterentwickelt gehaltenen Ländern unterstützt das westdeutsche Kapital die brutale Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Zugleich dient den Kapitalisten die Verlagerung der Produktion als Mittel, die Arbeiterklasse in ihrer Kampfkraft in den Lohnauseinandersetzungen zu lähmen.

Dieser umfassenden Spaltungspolitik der Kapitalisten müssen wir mit der Solidarität der internationalen Arbeiterklasse begegnen: Je entschlossener wir den Kampf um lineare Lohnforderungen führen und die Spaltung in unseren eigenen Reihen überwinden; je kämpferischer wir den ausbeuterischen Übergriffen der Kapitalisten hier bei uns entgegentreten, umso eher sind wir fähig, den Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und seine politischen Handlanger, die faschistischen Diktaturen, solidarisch zu unterstützen

DER AEG-KONZERN IST FÜHREND AN DER AUSBEUTUNG DER SÜDAFRIKANISCHEN BEVÖLKERUNG BETEILIGT

Ungefähr ein Viertel des Umsatzes des AEG-Konzerns geht auf das Auslandsgeschäft zurück. Im vergangenen Jahr betrug der Umsatz der AEG-Gruppe allein in Südafrika 60 Mio. DM. An dem berüchtigten Cabora-Bassa-Projekt ist AEG-Telefunken mit 150 Mio. DM beteiligt. Das heißt, AEG macht ungefähr 5% seines Auslandsumsatzes in Südafrika. Sieht man sich das ganze AEG-Imperium an, das ja schließlich die halbe Welt umspannt, so ist dies ein beträchtlicher Anteil.
AEG hat allein in Südafrika Werke aus den Fachbereichen 'Technisches Liefergeschäft' - in Westberlin vertreten durch die Ackerstraße und die KF in der Brunnenstraße - 'Hausgeräte', 'Energietechnik' - in Berlin durch die GF und die SF in der Brunnenstraße vertreten - und 'Verkehr' in Berlin durch die V 15 in der Brunnenstraße vertreten. Weil die Profitrate in den südafrikanischen Ländern so hoch ist und die Löhne um 1/6 niedriger sind als bei uns, weil dort Höchstprofite durch die Terrororganisationen und den militärischen Apparat der Regimes garantiert sind, wollen die Kapitalisten dort noch mehr Werke aufbauen, d.h. dorthin verlagern.

WEM NÜTZT DER STAUDAMM?

Das Cabora-Bassa-Projekt dient dazu, den portugiesischen Kolonialismus am Leben zu erhalten und in den rassistisch-konterrevolutionären Block im Süden Afrikas einzugliedern.

INHALTSVERZEICHNIS

Arbeiterrunde im Wedding (Bericht)	Seite 3
Korrespondenzen	
Die Wohnverhältnisse der ausländischen Kollegen	Seite 4/5
Betriebsräte verhindern weiterhin zentrale Jugendstunden	Seite 6
Plattform der Kampfkomitees gegen die BVG-Tariferhöhung	Seite 7
Demonstration gegen den japanischen Imperialismus	
Aufruf zur Demonstration gegen die Todesurteile in der Türkei	Seite 8

Es dient der Festigung der Herrschaft einer kleinen weißen Minderheit, die in Südafrika, Rhodesien und den portugiesischen Kolonien die Arbeitskräfte der afrikanischen Massen ausbeutet, sie politisch brutal unterdrückt und die Bodenschätze der afrikanischen Länder an die imperialistischen Mächte verschleudert.

Der portugiesische Kolonialismus mußte wegen der wirtschaftlichen Schwäche seiner Kolonien mit doppelter Brutalität die elementaren Lebensinteressen der Bevölkerung unterdrücken. Dies konnte die faschistische politische Gruppe um Salazar, später Caetano nur mit rigoroser Gewalt, mit Zwangsarbeit, zwangsweiser Erhebung von Kopfsteuern, dem Terror der Geheimpolizei PIDE, dem Nichtbau von Krankenhäusern und Schulen (nur die weiße Oberschicht lernt dort schreiben) erreichen.

DER WIDERSTAND DER UNTERDRÜCKTEN VOLKSMASSEN WÄCHST

Die unterdrückten Massen in Angola antworteten auf die jahrelange Diktatur der herrschenden Klasse mit dem bewaffneten Aufstand im Jahre 1961. Vereint mit den Arbeitern in den Städten und den Landarbeitern auf den Plantagen der weißen Siedler und großen Teilen der Bauernschaft konnte der Norden Angolas befreit werden.

Die mangelnde Organisiertheit der Aufständischen auf der einen Seite, die schnelle finanzielle und militärische Hilfe durch hauptsächliche NATO-Länder ließen den Aufstand aber wieder zusammenbrechen. In ihrem Gegenzug tötete die portugiesische Soldateska über 50.000 Angolaner und trieben über 300.000 über die Grenze ins Exil.

Der Anteil der BRD an diesem Verbrechen: über 100 Flugzeuge, Aufklärer, Düsenjäger und Erdkampfflugzeuge, 10.000 MP's, 3 Kriegsschiffe, außerdem Minen und Munition und gepanzerte Mercedes-Geländewagen in unbekanntem Ausmaß und jede Menge Kredite, gleich zu Beginn der Konterrevolution 150 Mio.DM.

Die Gegenleistung der Kolonialisten war die Erteilung von Schürfrechten, Konzessionen und Aufträgen, der Ausverkauf der Rohstoffquellen und der Volksmassen.

Aus den Fehlern der ersten bewaffneten Aufstände die Lehre ziehend, organisierten sich die unterdrückten Volksmassen

- in Angola schon 1961 unter Führung der 'Volksbefreiungs-Bewegung Angolas' (MPLA),
- in Guinea-Bissao 1963 unter Führung der 'Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der kapverdischen Inseln' (PAIGC),
- in Mozambique 1964 unter Führung der 'Befreiungsfront Mozambiques' (FRELIMO)

In Angola ist inzwischen ein Drittel des Landes befreit, in Guinea-Bissao mehr als zwei Drittel und in Mozambique mehr als ein Viertel. Der bewaffnete Kampf ist nur ein Teil des gesamten Kampfes, wenn auch der entscheidende. Der politische Kampf für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, die im Interesse der Volksmassen die Produktion organisiert, ist genauso wichtig. Von Anfang an haben die Befreiungsbewegungen diese Aufgabe in Angriff genommen, haben mehr Schulen und Krankenhäuser gebaut, als die Portugiesen in 500 Jahren Kolonialherrschaft. Das Land wurde an die verteilt, die es wirklich bebauen. Es wurden Volksläden errichtet. Die Volksmassen bestimmen zum ersten Mal nach der langen Geschichte der Unterdrückung ihr eigenes Schicksal. So wurde für die befreite Bevölkerung überzeugend das praktische Gegenteil zur kolonialen Unterdrückung verwirklicht.



Das AEG-Imperium: Jedes Firmenzeichen bedeutet Ausbeutung und Unterdrückung

DIE PORTUGIESISCHEN KOLONIALISTEN MÜSSEN ÜBERALL ZURÜCKWEICHEN

Die portugiesische Soldateska wird schon jetzt überall zum Zurückweichen gezwungen. Sie verteidigen nur noch befestigte Posten, Forts und die größeren Städte. Selbst Maßnahmen der Clique um Salazar, wie Erhöhung der Dienstpflicht auf 4 Jahre und Erhöhung der Militärausgaben auf fast die Hälfte des Gesamthaushalts, sind kein wirksames Mittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft. Der Dreifrontenkrieg wäre für die Konterrevolution schon längst verloren, wenn nicht die NATO noch mit Luftangriffen, Stoßtruppunternehmen und anderer militärischen Hilfe die Befreiungskräfte am weiteren Vordringen hindern würden.

Auch das Cabora-Bassa-Projekt ist eine solche Maßnahme, ein Damm gegen die Befreiung. Doch die portugiesischen Truppen sind nicht mal mehr in der Lage, diesen Damm allein zu errichten. Sie benötigen dazu ausländisches Kapital, das zu einem Drittel aus der BRD stammt: AEG-Telefunken, Siemens, BBC, Hochtief und Voith sind beteiligt; und sie benötigen ausländische Truppen, um das Projekt zu schützen; allein Südafrika schickte 5.000 schwerbewaffnete Söldner nach Cabora-Bassa.

AEG-Telefunken wird dabei an der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Anlage (HGÜ) mitbauen, die den Strom bis nach Südafrika leiten soll. Teile dafür werden in der westberliner Stromrichterfabrik hergestellt.

Auf diese Weise festigt der AEG-Konzern die Herrschaft des südafrikanischen Rassismus und des protugiesischen Kolonialismus und damit seine Profite. Ausländische Monopole warten schon darauf, mit der Energie des fertiggestellten Staudamms die Bodenschätze Mozambiques und die billigen Arbeitskräfte auszubeuten.

Doch die "Befreiungsfront Mozambiques" (FRELIMO) hat diese Pläne längst durchschaut. Seit über einem Jahr schon kämpft die FRELIMO in den Gebieten, in denen der Staudamm entstehen soll. Vor kurzem haben sie den Sambesi - den Fluß, der gestaut werden soll - überschritten. Sie kämpfen damit nicht gegen den Fortschritt, denn das Cabora-Bassa-Projekt bedeutet nicht Freiheit, sondern Verlängerung der Ausbeutung und Unterdrückung, bedeutet, daß sich nur eine kleine Minderheit von Imperialisten, Rassisten und Kolonialisten an den Schätzen dieser Gebiete bereichern.

Der Kampf der FRELIMO, PAIGC und der MLPA zeigt, daß hier den Imperialisten die heftigsten Schläge versetzt werden, weil sich die unterentwickelt gehaltenen Länder von Reserven der internationalen Reaktion in Reserven der proletarischen Revolution verwandeln. Die Arbeiterklasse in den Hauptländern des Imperialismus kann ihre Unterstützung dadurch beweisen, daß sie den Kampf im eigenen Lande führt, den sie schon aufgenommen hat.

Das Geschäft, das der AEG-Konzern schon seit 75 Jahren in Südafrika macht und mit dem Cabora-Bassa-Projekt weiter ausbaut, wird auch auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse gemacht. Weil der Imperialismus der gemeinsame Feind der deutschen Arbeiter und der unterdrückten Volksmassen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern ist, muß die deutsche Arbeiterklasse Solidarität üben.

Hoch die internationale Solidarität !
Es lebe der proletarische Internationalismus !

Arbeiterrunde im Wedding

'Den Kampf gegen Preistreiberei mit dem Kampf um höhere Löhne verbinden' hieß das Hauptthema der letzten Arbeiterrunde der KPD. Über 70 Kollegen vom Stadtteil Wedding und aus den Betrieben AEG, Borsig, DWM und Schering trafen sich am Donnerstag, dem 7.10. in den Pilsner Stuben, um ihre Erfahrungen an der Lohnfront auszutauschen und über Maßnahmen gegen die Tariferhöhungen bei Bewag, Gasag und BVG zu beraten.

Zuerst erklärte ein Mitglied der KPD, warum der SPD-Senat ausgerechnet jetzt, wo alle Preise in die Höhe schnellen, die öffentlichen Tarife erhöhen will: weil die Steuersummen, die dadurch gespart werden, wieder in die Taschen der Kapitalisten in Form von 'Subventionen' zurückfließen können. Damit verfolgen sie den Zweck, daß die Kapitalisten auch in der jetzigen Krise ihre Profite sichern können.

Er berichtete auch über den Stand der Tarifauseinandersetzungen in der BRD. Die westdeutschen Metallarbeiter ließen sich durch die Spaltungsmanöver und die Ausschlußdrohungen der IGM-Spitze nicht von ihrem Kampf um eine einheitliche Lohnerhöhung abhalten. Sie stehen nach wie vor fest hinter ihren Forderungen:

- 75 Pfennig mehr für alle - Hoesch Westfalenhütte
- 80 Pfennig mehr für alle - Klöcknerhütte Bremen
- 65 Pfennig mehr für alle - Mannesmann Duisburg
- 100 DM mehr für alle - Klöckner Draht Düsseldorf
- 85 Pfennig mehr für alle - Ford Werke Köln
- 75 Pfennig mehr für alle - Maschinenfabrik Deutschland
- 120 DM mehr für alle - Siemens München Balanstr.
- 100 DM mehr für alle - Siemens Braunschweig

Das sind die Forderungen der Stahl- und Metallarbeiter. Er sagte auch, für Westberlin komme es darauf an, die Front für einheitliche Lohnforderungen weiter zu verstärken.

Dann wurde die Diskussion eröffnet. Zuerst trat ein Kollege auf, der die Arbeit der KPD zwar lobte, aber gleichzeitig sagte, daß es erfolglos bleiben würde, weil der Mensch zu 'gierig' sei. Diese Auffassung wurde von allen anderen Anwesenden stark kritisiert. Es ist doch völlig natürlich und keinesfalls als 'Gier' zu bezeichnen, wenn man nach einem höheren Lebensstandard strebt. Dabei sind die übertriebenen Lohnunterschiede eben dazu gedacht, die Konkurrenz zwischen den Kollegen zu verschärfen, um aus ihnen mehr herauszupressen und die Einheit der Arbeiterklasse als die notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung ihrer Interessen zu verhindern. Darum gilt es, die Lohnunterschiede nicht noch weiter zu vertiefen.

Ein Genosse der Betriebszelle AEG wies daraufhin, daß dies der Grund ist, warum die KPD für die Tarifrunde eine lineare Forderung stellt.

Einige der anwesenden Kollegen jedoch verschlossen sich dieser Einsicht. Sie betonten immer wieder, daß nur eine prozentuale Forderung von allen Kollegen unterstützt werden könne, weil sonst die besser verdienenden Facharbeiter benachteiligt würden. Was sie dabei verschwiegen, ist, daß eine lineare Forderung keinesfalls die Kollegen der höheren Lohngruppen benachteiligt, weil sie nicht weniger kriegen, als die anderen Kollegen, und daß das Ergebnis einer prozentualen Forderung nur eine weitere Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse bedeuten würde. Darum klingt ihr Vorwurf eine lineare Forderung sei 'spalterisch', recht unglaubwürdig. Zudem forderten sie noch die 'tarifliche Absicherung der Effektivlöhne', was nichts anderes ist, als die Festlegung einer noch breiteren Lohnskala, denn die Effektivlöhne weisen weit größere Unterschiede auf als die Tariflöhne. Um ihre Forderungen zu begründen, beriefen sie sich auf die unterschiedliche Leistung der Kollegen, als seien im Kapitalismus die Löhne nach der Leistung berechnet und hätten nicht hauptsächlich den Zweck, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Oder können uns diese Besserwisser die sich als Mitglieder der KPD/ML (Neue Einheit) herausstellten, sagen, warum sonst Arbeiter, die die gleiche Arbeit verrichten, unterschiedlich bezahlt werden?

Dagegen unterstützt die Masse der Kollegen lineare Forderungen. Nicht nur in der Bundesrepublik, wo mehrere Großbetriebe wie Hoesch, Klöckner, Ford und andere solche Forderungen aufgestellt haben,sondern auch in Westberlin: Kollegen berichteten von leider noch vereinzelten Aktionen, die jedoch klar zeigten, daß die Wünsche der Kollegen mit der linearen Forderung übereinstimmen. Wünsche verwirklichen sich aber nicht von allein; man muß sie durchsetzen, für sie kämpfen.

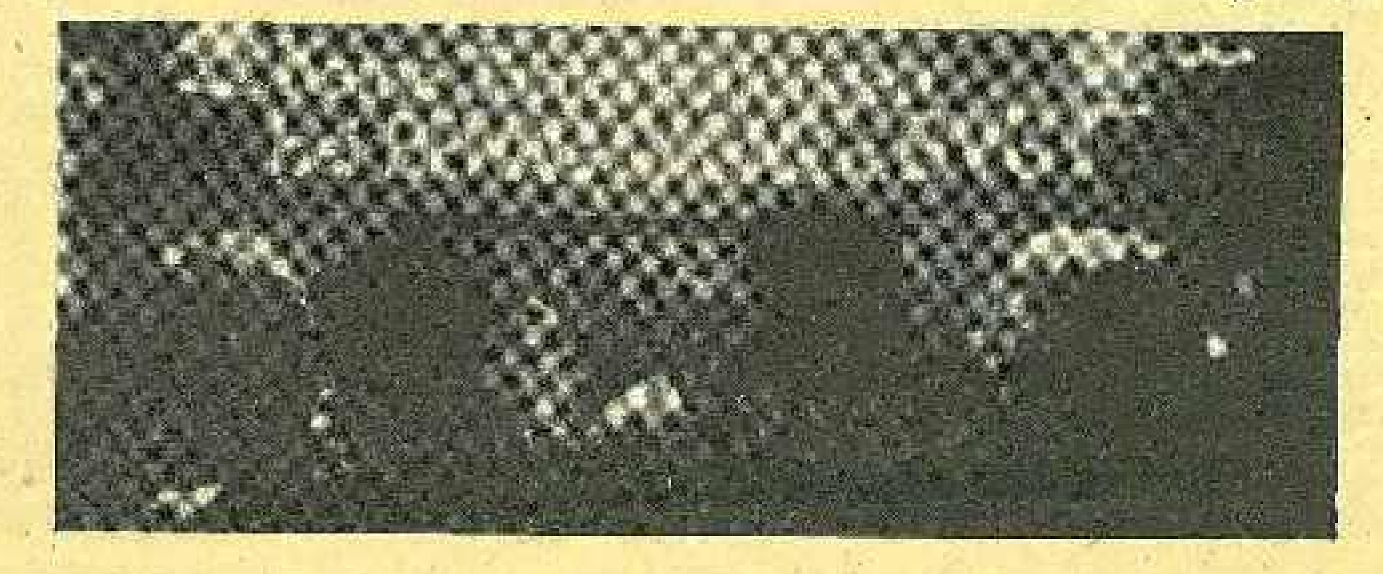
Diesen Kampf zu entfalten, einzelne Schritte aufzuzeigen und anzuleiten, ist die Aufgabe der KPD.

Wir erklärten, warum es notwendig ist, gegen die Tariferhöhungen bei Bewag, Gasag und BVG vorzugehen, riefen auf Kampfkomitees zu bilden, um den Kampf gegen diese Erhöhungen aufzunehmen.

Wir zeigten auf, welche Arbeit diese Komitees leisten müssen: Organisation von Unterschriftensammlungen, um die allgemeine Empörung der Werktätigen, die am meisten unter den Preiserhöhungen zu leiden haben, zum Ausdruck zu bringen; Organisation von Veranstaltungen, wo die Politik des SPD-Senats entlarvt werden soll; Organisation einer Demonstration zur Verhinderung der endgültigen Verabschiedung dieser Preiserhöhungen, und falls dies nicht gelingen sollte, Organisation von Boykottmaßnahmen, wie sie in der BRD durchgeführt wurden.

Eine Resolution, die als Grundlage für die Unterschriftensammlung gelten soll, wurde vorgeschlagen, von den anwesenden Kollegen diskutiert und, nachdem eine Veränderung vorgenommen wurde, die die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen des SPD-Senats gegen die werktätige Bevölkerung noch stärker hervorhob, fast einstimmig verabschiedet (nur die Mitglieder der KPD/ML Neue Einheit stimmten dagegen).

Darauthin wurde dazu aufgefordert, daß die Kollegen, die bereit sind in einem Kampfkomitee zu arbeiten, sich melden (dies taten 17 Kollegen) und sofort über die Organisation der Arbeit beraten. Fortsetzung Seite 7



Arbeiterkorrespondenzen

Brunnenstr.

Vorarbeit: das „Angebot" der Betriebsleitung entschieden zurückweisen!

'Alle Jahre wieder'...oder das traurige Lied von den 'Angeboten' der Betriebsleitung. So könnte man die neueste Geschichte über die 'Vorarbeit' für noch nicht gesetzliche Feiertage betiteln. Denn schon wieder, wie im letzten Jahr für die gleiche Zeit, wie dieses Jahr noch für den 17.Juni und Himmelfahrt ziehen die Herren Direktoren 'Vorschläge' aus ihren Schreibtischen, die darauf abzielen, noch ein bißchen mehr aus uns herauszuholen. Natürlich ist das nur 'im Interesse unserer Mitarbeiter'! Tatsächlich wäre es in unserem Interesse, wenn wir Heiligabend und Sylvester frei bekommen würden; aber doch nicht unter den Bedingungen, die uns 'angeboten' werden! Dabei haben wir sogar die 'Auswahl', wie wir uns am besten ausbeuten lassen: Kleckerweise nämlich 11 Tage lang eine Überstunde; oder massiv: ein Samstag 8 Stunden und 3 Tage lang eine Überstunde. Denn, so meint die Betriebsleitung, 11 Stunden werden sonst an den beiden Tagen gearbeitet, so müssen auch 11 Stunden vorgearbeitet werden. **Für die Betriebsleitung ist also eine Stunde gleich einer Überstunde! Aber nicht für uns! Nicht ohne Grund bekommen wir 25% bzw. 50% mehr pro Überstunde: Je länger wir arbeiten, desto schneller wächst die Müdigkeit, desto größer der Verschleiß unserer Arbeitskraft. Deshalb ist es notwendig, daß wir für eine Überstunde mehr bekommen, denn die Wiederherstellungskosten unserer Arbeitskraft für eine Stunde Mehrarbeit sind höher als die für eine normale Stunde. Die zusätzliche Müdigkeit kann nur ausgeglichen werden durch bessere Möglichkeiten zur Entspannung und Erholung; das kostet aber mehr Geld.**

Noch ist dieser Ausgleich relativ, denn nie kann die zusätzliche Müdigkeit völlig abgebaut werden: sie staut sich, Krankheiten finden günstigeren Boden, Unfälle häufen sich. Und dann stimmen die Kapitalisten Klagelieder an über 'zunehmenden Krankenstand' und 'Selbstverschulden der Arbeitnehmer' bei Unfällen! Das ist der Grund, warum die Mehrarbeit laut Manteltarifvertrag nicht regelmäßig werden darf.

Nun sollen wir also für diese Überstunden keinen Pfennig mehr kriegen! Damit versucht die Betriebsleitung die Kollegen zu erpressen, denn sie weiß wohl, wie sehr wir uns wünschen, an Feiertagen mit unseren Familien zusammen zu sein. Warum schweigt also der Betriebsrat schon wieder? Warum begnügt er sich damit, die 'Vorschläge' der Betriebsleitung weiterzuleiten? Warum macht er selbst keinen Gegenvorschlag, der die von der Gewerkschaft errechneten Zulagen für Mehrarbeit berücksichtigt? Er beweist noch einmal eindeutig, daß er die Interessen der Kollegen ständig verrät, sogar, wenn ihm die Gewerkschaft Waffen bietet, um sie zu vertreten.

Nur ein Vorschlag, der das größere Gewicht der Überstunden so berücksichtigt, daß statt höherer Bezahlung kürzere Arbeitszeit herauskommt, wäre für uns annehmbar, nämlich:

- entweder 8 Tage lang eine Überstunde und 45 Minuten am 9.Tag,
- oder ein Samstag 7 Stunden und 40 Minuten,

Darum, Kollegen, weisen wir die 'Vorschläge' der Betriebsleitung entschieden zurück! Warten wir aber nicht darauf, daß der Betriebsrat endlich was für uns tut! Daran denkt er nicht im geringsten! Wir müssen selbst den Kampf für unsere Interessen aufnehmen: eine Unterschriftensammlung für eine angemessene Bezahlung der Vorarbeit organisieren!

Wir müssen gleichzeitig an unsere Vertrauensleute herantreten, und sie auffordern, den Betriebsrat unter Druck zu setzen, damit er den Gegenvorschlag aufstellt und ihn gegen die Betriebsleitung durchsetzt!

KF: Weitere Entlassungen!

Bisher versuchten die Kapitalisten 'nur' durch Verleihungen und Überstundenstopp der beginnenden Krise zu entgehen. In der KF 1 arbeitet nur noch ein Fünftel der früheren Belegschaft, im Wellenbau werden fast nur noch Sonderwellen gefertigt, im zweiten Stock wird ab dieser Woche die Schicht eingestellt. Aber diese Maßnahmen scheinen jetzt nicht mehr auszureichen. Die AEG-Kapitalisten lassen jetzt bei vielen ausländischen Kollegen die Verträge auslaufen, auf deutsch gesagt, die Kollegen werden rausgeworfen.

In der KF wurden schon über 30 türkische Kollegen entlassen. Für einen Teil dieser Kollegen wurden neue eingestellt, natürlich zu geringerem Lohn.

Man sieht also, was das Ziel der Kapitalisten ist: sie wollen die Löhne senken, um dadurch auch in der Krise ihre Profite auf der 'normalen' Höhe zu halten. Gleichzeitig greifen die Meister zu Schikanen, um weiter auszusieben: es wird jetzt peinlich genau darauf geachtet, daß keiner zu früh Pause macht, daß nicht 10 Minuten früher in die Umkleideräume gegangen wird. Das gilt gerade für die Abteilungen, in denen nicht mehr viel Arbeit da ist. Gleichzeitig verschärfen sie die Kontrolle der gefertigten Teile. Früher wurde fast alles verkauft, was ungefähr der Zeichnung entsprach, heute wird nach der Zeichnung pedantisch genau verfahren; zusätzlich versuchen die Kapitalisten, den Kollegen den Ausschuß vom Lohn abzuziehen. Durch solche Schikanen sollen die Kollegen zu Selbstkündigungen provoziert werden, was auch schon in einigen Fällen gelang.

Die ausländischen Kollegen sind davon besonders betroffen. Ihnen wird noch nicht einmal richtig gekündigt, die Geschäftsleitung läßt "einfach" die Vaträge auslaufen. Deshalb fühlt sich der Betriebsrat auch nicht gezwungen, etwas gegen die Kündigungen zu unternehmen. Wie "menschlich" sich die Kapitalisten benehmen, zeigen die Briefe, die sie an die entlassenen Kollegen verschicken.

Hier drucken wir einen solchen Brief ab(Die Redaktion).

Betrifft: Ihr Arbeitsverhältnis

Sehr geehrter Herr [redacted] !

Unter Bezugnahme auf Ihren Arbeitsvertrag weisen wir Sie nochmals darauf hin, daß das Arbeitsverhältnis am 4.10.1971 endet.

Den Ihnen für die Dauer Ihrer Tätigkeit bei uns überlassenen Platz in unserem Wohnheim bitten wir, bis zu diesem Tage zu räumen. Die Ihnen zur Verfügung gestellten Einrichtungsgegenstände sind dabei dem Heimleiter zu übergeben.

Wir danken Ihnen für Ihre Mitarbeit und wünschen Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg alles Gute.

Hochachtungsvoll

ALLGEMEINE ELEKTRICITÄTS-GESELLSCHAFT
AEG - TELEFUNKEN
Fachgebiet Großmaschinen
Personalabteilung

R2 – Betriebsversammlung: Augenwischerei der Geschäftsleitung!

"Entlassungen und Kurzarbeit hat AEG-Telefunken nicht mehr nötig", so tönte dieses Mal der neue Direktor Schleif von der Tribüne. Allerdings, so räumte er ein, seien "Einzelkündigungen" bei "Verstößen gegen die Betriebsordnung und die Arbeitsmoral bis Ende 1972 (!) unvermeidbar".
Was heißt hier Arbeitsmoral? Schleif wollte wohl sagen:" Wer sich nicht bedingungslos der Disziplin der Arbeitshetze unterwirft, fliegt raus"! Daß die Arbeitshetze ständig gestiegen ist, wurde vom Betriebsrat festgestellt. Trotzdem strich die Geschäftsleitung 60 Gesundheitsurlaube. Das Geld sollte für die Schaffung neuer und gesunder Arbeitsplätze verwendet werden.
Das ist doch der blanke Hohn! Schließlich hat man durch die Schikanen und die Verschlechterung des "Betriebsklimas" schon 150 Kollegen zu Selbstkündigungen provoziert. Weitere 26 Kollegen wurden wegen "Verstoßes gegen die Betriebsordnung" entlassen. Insgesamt wurde die Belegschaft seit 1970 um mehr als 1.000 Kollegen verringert und, wie der Betriebsrat mitteilte, es werden weiter Arbeitsplätze wegrationalisiert! 270 Kolleginnen und Kollegen wurden von der Schwedenstr. ins MV zwangsversetzt und dabei teilweise um zwei Lohngruppen tiefer eingestuft! Sollen das etwa die neuen "gesunden" Arbeitsplätze sein! Gesund bleiben dabei nur die Profite der AEG-Kapitalisten.
Kurz nachdem Schleif großsprecherisch verkündete:"Kurzarbeit ist nicht mehr nötig", mußte er schon mit der Wahrheit herausrücken: Zwischen Weihnachten und Neujahr soll nicht gearbeitet werden, in dieser Zeit sollen wir unbezahlten Urlaub nehmen. Für "minderbemittelte" Kollegen - wer von uns ist das nicht - werden "großzügigerweise" Darlehen zur Verfügung gestellt. Das ist noch schlimmer als Kurzarbeit, das ist unbezahlter Zwangsurlaub; dafür bekommen wir noch nicht einmal Kurzarbeitergeld, sondern ein Darlehen, das wir zurückzahlen müssen!

Was aber sagt der Betriebsrat zu diesen Maßnahmen der Kapitalisten? Die Redner stellten zwar fest, daß das "Betriebsklima" so schlecht wie noch nie ist, daß die Arbeitshetze verschärft wurde. Aber was hilft uns das Aufzählen dieser - uns bekannten - Tatsachen?
Der Betriebsrat konnte sich bisher nur zu einer Umfrage aufraffen. Wirklich etwas dagegen unternommen hat er noch nicht. Oder hat er etwa durchgesetzt, daß die Inventurzeit für alle voll bezahlt wird? Hat er etwa allen klargemacht, was die Inventurzeit bedeutet? Daß nur wir die Lasten tragen sollen?
Seine Aufgabe wäre es gewesen, die Kollegen zu mobilisieren.

Und so ist es auch vollkommen verständlich, wenn die Kollegin aus der Entlassungskommission berichtete, daß im Betrieb Unsicherheit und Angst vor Entlassungen herrschen.
Aber was hilft uns das Klagen!
Die Unsicherheit wird solange bleiben, wie wir nicht gemeinsam gegen die Maßnahmen der AEG-Kapitalisten kämpfen! Der Vertrauensleutekörper und der Betriebsrat haben es versäumt, auf der Betriebsversammlung die Kollegen zu diesem Kampf aufzurufen.
Ein einziges Mitglied des Betriebsrats ging auf die laufende Metalltarifrunde ein und sagte, daß die 11%-Forderung der IGM-Spitze, verglichen mit den Gewinnen, ein "Entgegenkommen der Belegschaft" sei. Aber sind wir überhaupt jemals gefragt worden, ob wir den Kapitalisten entgegenkommen wollen? Entgegenkommen, d.h. die Interessen der Arbeiter aufgeben, das tut nur die IG Metall-Spitze! Die 11% Forderung benachteiligt nicht nur die unteren Lohngruppen sondern ist auch insgesamt viel zu niedrig.
Ich bin der Meinung, daß wir gemeinsam für Lohnerhöhungen um einen einheitlichen Betrag für alle Kollegen kämpfen müssen. Deswegen unterstütze ich die Forderung der KPD nach

120 DM mehr für alle !

Die Wohnverhältnisse der ausländischen Kollegen

Wir kennen die ausländischen Kollegen zwar von ihrem Arbeitsplatz, wir sehen sie auf der Straße, aber wissen wir, wie sie leben? Wie sieht es mit ihren Wohnverhältnissen aus?
Für die ausländischen Kollegen gilt die Feststellung von Marx in besonderem Maße:

"Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendet, daß er seinen Lohn bar ausbezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer , der Krämer, der Pfandleiher usw." (Kommunistisches Manifest)

Die ausländischen Kollegen spüren die Wohnungsnot besonders. Die deutschen Vermieter weigern sich häufig, ihre Wohnungen an Ausländer zu vermieten. Wenn sie es trotzdem tun, so aus zwei Gründen:

- viele dieser Wohnungen liegen in Sanierungsgebieten; an deutsche Arbeiter können sie diese Wohnungen nicht mit soviel Profit vermieten.
- von den ausländischen Arbeitern können sie wegen der besonderen Zwangslage, in der sich die ausländischen Kollegen befinden, für die heruntergekommensten Wohnungen noch Wuchermieten erhalten.

So ziehen in den Sanierungsgebieten in Kreuzberg (z.B. Reichenberger Str.) und Wedding (z.B. Putbusser/Swinemünder Str.) die deutschen Arbeiter aus, und vor allem türkische Kollegen ziehen dort ein.
Ein großer Teil der türkischen Kollegen wohnt jedoch in Wohnheimen. Wie es dort aussieht, zeigen die folgenden Beispiele:

- in der Richard-Strauss-Str. in Grunewald befindet sich ein Heim für türkische Arbeiter, die als Gartenarbeiter nach Deutschland verpflichtet wurden, jedoch als Bauhilfsarbeiter an kleine Baufirmen verliehen wurden. In diesem Heim wohnen 6 Kollegen in einem Zimmer. Jeder zahlt 65 DM, das macht 390 DM für ein Zimmer ! Es passiert öfter, daß den Kollegen sogar noch mehr vom Lohn abgezogen wird, sie müssen das Geld dann erst zurückverlangen.
- In einem Kreuzberger AEG-Wohnheim wohnen vier türkische Kollegen in einem Zimmer, das 23 qm hat. Jeder zahlt 120 DM, das macht pro Zimmer 480 DM ! Dazu kommt noch, daß die türkischen Kollegen das Heim noch selbst saubermachen müssen !
- In einem Wohnheim in der Potsdamer Straße zahlt jeder der vier türkischen Kollegen, die in einem Zimmer wohnen, 70DM, das macht pro Zimmer 280 DM !

Zu den hohen Mieten kommt noch, daß die Kollegen sich ständig in der Nachtruhe stören müssen, denn der größte Teil der türkischen Kollegen arbeitet Schicht.
Der absolute "Höhepunkt" ist aber ein Fall, der im Oktober 1970 bekannt wurde: 40 Türken, die als Touristen hierherkamen und ohne Arbeitserlaubnis hier arbeiteten, schrieben

einen Brief an Klaus Schütz, in dem sie ihre Lage schilderten:
Alle Kollegen wohnten in der Koloniestr. 5 in einem Raum von 100 qm, viele von ihnen mußten zu zweit in einem Bett schlafen. Der Hauptmieter bezahlte für den Raum eine Miete von 200 DM. Er kassierte von jedem der 40 Kollegen 60 DM. Das ergibt eine Miete von 2.400 DM für einen Raum von 100 qm !! Der Vermieter machte also einen Profit von 1100%!
Die deutschen Behörden "halfen" sofort: sie steckten die türkischen Kollegen einzeln in Wohnheime und wies sie, einen nach dem anderen, aus.

Kollegen, diese Beispiele zeigen, daß die ausländischen Kollegen noch stärker als die deutschen Arbeiter unter der Ausbeutung durch die Hausbesitzer zu leiden haben. Was ihnen die Kapitalisten in der Fabrik als Lohn geben, das nehmen sie ihnen in ihrer Eigenschaft als Hausbesitzer, als Besitzer von Wohnheimen wieder weg. Führen wir deshalb gemeinsam mit unseren ausländischen Kollegen den Kampf gegen das Wohnungselend unter der Forderung:
Eine menschenwürdige Wohnung für jeden Werktätigen!

Betriebsräte verhindern weiterhin zentrale Jugendstunde!

Im März dieses Jahres verabschiedeten die Lehrlinge der AEG-Brunnenstr. auf ihrer Jugendstunde einstimmig eine Resolution, in der sie die BJV (das Koordinierungsgremium der Jugendvertreter aller westberliner AEG-Telefunken-Betriebe) aufforderten, vierteljährlich zentrale Jugendstunden einzuberufen. Auf der BJV-Sitzung, an der auch zahlreiche Jugendbetriebsräte teilnehmen, wurde von einigen Betriebsräten der Vorschlag gemacht, man solle nur zu 'wichtigen Anlässen' zentrale Jugendstunden veranstalten. Der größte Teil der Jugendvertreter fiel auf den Vorschlag der Betriebsräte hinein. Sie lehnten die Resolution in ihrer ursprünglichen Formulierung ab und beschlossen also, nur bei wichtigen Anlässen zentrale Jugendstunden einzuberufen.

Anlässe für zentrale Jugendstunden gab es bisher genug: Lehrabschlußfahrten, Stufenplan, Erstellung von Ausbildungsplänen usw., doch nicht eine einzige fand statt.

Stattdessen wurden mehrere Jugendstunden zu einer Jugendstunde zusammengelegt, auf der die Lehrlinge die Funkausstellung besuchten. Weder Jugendvertreter noch Jugendbetriebsräte forderten die Geschäftsleitung auf, den Kollegen für den Besuch der Funkausstellung einen Tag freizugeben. Mit den für die Funkausstellung vertanen Jugendstunden wollten sich die Jugendbetriebsräte rechtfertigen, daß für eine zentrale Jugendstunde keine Zeit zur Verfügung steht.
Offenbar liegt den Betriebsräten das geschlossene Auftreten aller Lehrlinge auf der letzten zentralen Jugendstunde im Herbst 1970 noch schwer im Magen. Damals zeigten die jugendlichen Kollegen den Vertretern der Gewerkschaften und den Betriebsräten, wie man zur Tarifrunde mobilisiert und mit welchen Mitteln man Solidarität unter den Kollegen schafft.

Nun steht wieder die Tarifrunde auf der Tagesordnung, doch wohl ein 'wichtiges Ereignis'.
Für die Jugendbetriebsräte offenbar nicht!
Denn weiterhin versuchen sie mit allen Mitteln, die Einberufung eine zentralen Jugendstunde zu verschleppen. Plötzlich wissen sie nichts mehr davon, daß sie dem Vorschlag der Jugendvertreter zugestimmt haben, noch vor Beginn der Tarifverhandlungen eine zentrale Jugendstunde einzuberufen.

Jetzt, nachdem die Tarifkommission den Kapitalisten ihre Forderungen vorgelegt hat, macht man sich Gedanken über die Einberufung der Jugendstunde für alle Lehrlinge.
Mit Unterstützung des IG Metall Jugendsekretärs Foede wollen die Jugendbetriebsräte nun zwischen dem ersten und zweiten Verhandlungstag über die neue 'Lehrlingsvergütung' eine zentrale Jugendstunde einberufen.

Was heißt das aber ?
Jugendbetriebsräte sowie die IG Metall-Spitze wissen, daß auch zahlreiche Kollegen in den AEG-Telefunken-Betrieben für die Forderung nach EINHEITLICHEM EXISTENZLOHN FÜR ALLE LEHRLINGE sind und die gestaffelte Forderung der IG-Metall-Jugendgruppen als Schritt hin zum EINHEITLICHEN EXISTENZLOHN mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Hand in Hand verhindern Betriebräte und Jugendsekretär Foede, daß noch vor dem ersten Termin, wo über die Forderungen der IG Metall-Spitze (85.-DM) für die Lehrlinge verhandelt wird, Kritik an dieser Forderung geübt werden kann.
Ja, sie besitzen sogar die Unverschämtheit, die zentrale Jugendstunde erst dann durchzuführen, wenn Foede die Lehrlinge vor vollendete Tatsachen stellen kann.
Damit haben Jugendbetriebsräte und Foede konsequent verhindert, daß die Lehrlinge bei AEG-Telefunken auf breiter Basis ihre Forderungen diskutieren und der Tarifkommission vorlegen konnte. Weil Foede weiß, was ihm auf einer zentralen Jugendstunde bei AEG-Telefunken blüht, versucht er jetzt die Jugendgruppen dafür zu gewinnen, daß sie für die 85.-DM Forderung mobilisieren, denn kurz vor den Tarifverhandlungen wurden sie offiziell anerkannt.

Kollegen, verpflichtet eure Jugendvertreter, sofort dafür zu sorgen, daß eine zentrale Jugendstunde einberufen wird, auf der die Forderung nach
EINHEITLICHEM EXISTENZLOHN FÜR ALLE LEHRLINGE –HEUTE 500 DM–
diskutiert werden kann.
Haltet fest an der gestaffelten Forderung als Schritt hin zum EINHEITLICHEN EXISTENZLOHN

Fortsetzung von Seite 3
Das Ende der Arbeiterrunde bildete den Anfang des konkreten Kampfes gegen die Tariferhöhungen bei Bewag, Gasag und BVG.

Die Arbeiterrunde im Wedding war jedoch nur ein Teil der Front gegen die Tariferhöhungen: Auch in anderen Stadtteilen, zur selben Zeit, veranstaltete die KPD Arbeiterrunden, um die größtmögliche Zahl von Kollegen zu mobilisieren. Und die Front gegen die Tariferhöhungen ist nur eine Front im Kampf gegen die Übergriffe der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse: an der Lohnfront hat die KPD den Kampf schon aufgenommen.

Mit diesen Veranstaltungen zeigt die KPD, daß es notwendig ist, den Kampf gegen Preistreiberei mit dem Kampf um höhere Löhne zu verbinden, denn höhere Löhne bringen uns nichts, wenn die Preise gleichzeitig steigen.

Der Kampf der BVG–Komitees wird für die im Kampf um höhere Löhne stehenden Metallarbeiter eine starke Stütze sein.

PLATTFORM FÜR DIE GRÜNDUNG UND DIE ARBEIT VON KAMPFKOMITEES GEGEN DIE BVG–TARIFERHÖHUNG

Wir Arbeiter, Hausfrauen, Rentner, Angestellte und Schüler schließen uns in Kampfkomitees gegen die BVG-Tariferhöhung zusammen. Wir sind nicht länger bereit, tatenlos die ständigen Angriffe der Kapitalisten auf unsere Lebensinteressen hinzunehmen. Gemeinsam mit Mitgliedern der Stadtteilkomitees der KPD führen wir unseren Kampf unter der Hauptforderung:

KEINE TARIFERHÖHUNGEN BEI BVG, BEWAG UND GASAG!

Die geplanten Tariferhöhungen sehen wir im Zusammenhang mit der allgemeinen Verschlechterung unserer Lebensbedingunen

gungen. Wir wissen, daß die Monopolkapitalisten immer wieder die Preise in die Höhe treiben und auf diese Weise für sich mehr Profit herausschlagen. Das bedeutet für uns: weniger Waren für den gleichen Lohn. Gegen diese Preistreiberei durch die Monopole einen Preisstopp zu fordern, ist eine Illusion. Gegen diese Preistreiberei kämpft die Arbeiterklasse im Betrieb um höhere Löhne.

Die Tariferhöhungen bei BVG, BEWAG und GASAG gehen auf das Konto der SPD-Regierung. Die SPD stabilisiert also nicht die Preise, sondern treibt sie für die Kapitalisten in die Höhe. Jahrelang hat die SPD-Regierung im Auftrag der Kapitalisten in Westberlin die Tarife mit unseren Steuergeldern finanziert. Sie hat dies allein deshalb getan, weil nur auf diese Weise eine antikommunistische Propaganda nicht allzusehr der Wirklichkeit widersprochen hat.

Heute soll die SPD-Regierung - wieder im Auftrag der Kapitalisten - diese kostspielige Propaganda, die auch uns in Form von niedrigen Tarifen Nutzen bringt, zurücknehmen. Das Geld soll genauso verteilt werden, wie alles Geld, das die Kapitalisten mit Hilfe des Staatsapparates in Form von Steuern und Beiträgen uns abpressen: es wird nicht in Krankenhäuser und Schulen, nicht in billigen Wohnungen und nicht im Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes in Wohngebiete der arbeitenden Bevölkerung investiert, und es soll uns auch nicht mehr in Form von Zuschüssen zu den Tarifen zugute kommen. Es soll den Kapitalisten, angefangen vom Steglitzer Profitkreisel, über die Bauunternehmer und die Berlin-Hilfe-Hyänen bis zu den Banken und Rüstungskonzernen zugeschoben werden, damit die Kapitalisten auf diese Weise ihre Profite auch in der Krise absichern können. Gegen diesen Angriff auf unsere Lebensinteressen, gegen die Streichung der Zuschüsse für BVG, BEWAG und GASAG setzen wir uns entschieden zur Wehr. Wir lassen uns von dem SPD-Senat nicht einfach wegnehmen, was dieser aus welchen Gründen auch immer zur Verbesserung unserer Lage beigetragen hat. Weil unser Hauptfeind in diesem Kampf der SPD-Senat ist, werden wir die politischen Mittel anwenden, mit denen wir Druck auf ihn ausüben können: mit einer Unterschriftensammlung in allen Stadtteilen der arbeitenden Bevölkerung und mit der Organisierung einer Demonstration am 23.10.1971. Deshalb rufen wir alle Arbeiter, Werktätige, Haufrauen, Rentner, Angestellte und Schüler auf, uns in diesem Kampf zu unterstützen und durch die gewaltige Manifestation unserer Einheit und Kampfentschlossenheit den SPD-Senat zur Erfüllung unserer Forderungen zu zwingen.

Auf der Grundlage dieser Plattform führten und führen die Kampfkomitees gegen die BVG-Tariferhöhung in den proletarischen Stadtteilen Moabit, Wedding, Kreuzberg, Neukölln, Gropiusstadt und Märkisches Viertel Unterschriftensammlungen durch. **Bisher wurden über 6.000 Unterschriften gesammelt!** Oft drücken die Kollegen ihre Empörung über die neuerliche Verschlechterung ihrer Lebenslage aus, besonders die Kollegen aus der Chemiebranche, die gerade erst in ihrer Tarifrunde von der Gewerkschaftsführung verraten worden waren. Damit stärken sie die Front der Kollegen aus der Metallbranche, weil sie die Front gegen die Ausbeutung nicht nur auf einem Gebiet bilden, sondern in den Betrieben für höhere Löhne und im Stadtteil gegen die Preistreiberei. Oft auch wurden dabeistehende Kollegen aufgefordert, ebenfalls zu unterschreiben. **Als nächster Kampfschritt wird am 23.10.71 eine Kampfdemonstration gegen die Tariferhöhungen bei BEWAG, GASAG und BVG durchgeführt werden. Wir fordern alle Kollegen auf, sich an der Demonstration zu beteiligen !**

23. 10. 1971 Zeit: 15.00 Uhr

Treffpunkt: Oranienplatz (Kreuzberg)
Kundgebung: Hermannplatz

KONTAKTADRESSE der KPD
Di. bis Fr. 17–19 Uhr
Tel.: 883 34 23

Eigendruck im Selbstverlag

Verantwortlich für den Inhalt: Marie Bergmann
1 Berlin 12 Schillerstr. 35

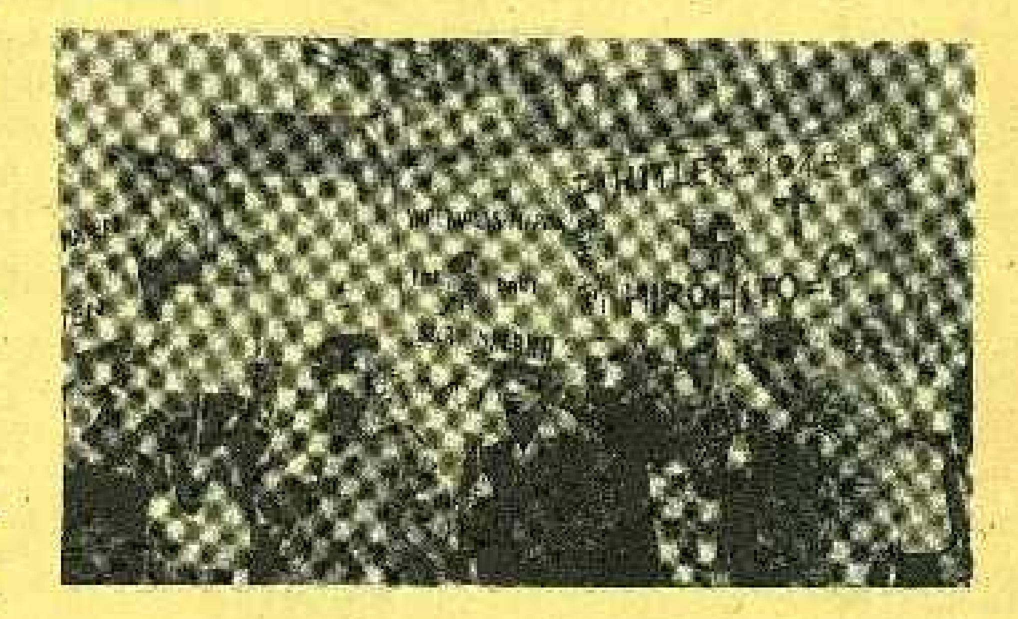
Antiimperialistische Demonstration in Westberlin

Mehr als 1000 westberliner Werktätige und Studenten demonstrierten am 9.Oktober entschieden gegen den Besuch des obersten japanischen Kriegsverbrechers Hirohito in der Bundesrepublik, Die Demonstranten waren dem Aufruf der 'Liga gegen den Imperialismus' gefolgt, um ihre Solidarität mit den kämpfenden Völkern Asiens zu bekunden.
Die Voraussetzungen für eine einheitliche Durchführung der Kampagne in der BRD und Westberlin wurden auf der Bonner Konferenz 'Nieder mit dem japanischen Imperialismus', die unter Anleitung der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS stattfand, geschaffen. Veranstaltungen und Demonstrationen fanden unter anderem auch in Bonn, München und Bochum statt.

Unter den Parolen
NIEDER MIT DEM JAPANISCHEN MILITARISMUS! und
NIEDER MIT DEM USA–IMPERIALISMUS, DEM HAUPTFEIND DER MENSCHHEIT !
solidarisierten sich die Teilnehmer der westberliner Demonstration mit dem antiimperialistischen Kampf der Arbeiter, Bauern und Studenten Japans.

Gleichzeitig wurde das Verhalten der modernen Revisionisten in der KP Japans, die die Bauernbewegung bei Beginn ihres aktiven Widerstands gegen die faschistischen japanischen Polizeitruppen im Stich gelassen hat, auf das entschiedenste verurteilt.

Auf der abschließenden Kundgebung am Breitscheidplatz wurde unter Beifall aller Demonstranten betont, daß der Kampf gegen den japanischen Imperialismus Teil des Kampfes gegen den USA–Imperialismus ist, und daß den verbrecherischen Imperialismus nur besiegen kann, wer den Revisionismus bekämpft.
Die Kundgebung wurde mit dem Absingen der Internationale beendet.



Patriotische Einheitsfront für eine demokratische Türkei–Europa

Die 'Patriotische Einheitsfront für eine demokratische Türkei/Europa'
veranstaltet am
Mittwoch, den 20. 10. 71
eine Demonstration , um gegen die Todesurteile für Deniz Gezmis und 17 weitere türkische Patrioten zu protestieren.
Die KPD unterstützt diese Demonstration und fordert alle deutschen und auslänischen Kollegen auf, ihre Solidarität mit den zum Tode Verurteilten zu zeigen und an der Demonstration teilzunehmen.

NIEDER MIT DEM USA-IMPERIALISMUS UND SEINEN LAKAIEN IN DER TÜRKEI !
TOD DEM FASCHISMUS !
FÜR EINE FREIE UND DEMOKRATISCHE TÜRKEI !
KÄMPFEN WIR GEGEN DIE TODESURTEILE FÜR DENIZ GEZMIS UND SEINE 17 GENOSSEN !
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

Mittwoch, den 20.10.71
TREFFPUNKT: U-Bhf SCHLESISCHES TOR
ZEIT : 16.30 Uhr
SCHLUSSKUNDGEBUNG: ORANIENPLATZ

Demokratik Türkiye İçin Yurtsever Birleşik Cephe/Avrupa

20.10.1971 Çarşamba günü bir yürüyüş tertipledi. Bu yürüyüş, ölüm cezasi verilen Deniz Gezmiş ve Arkadaslarini, kurtarmak için olacak. KPD bu yürüyüsü destekliyor, ve bütün Alman ve yabanci işçileri yürüyüse cagiriyor.

KAHROLSUN AMERIKAN–EMPERYALIZMI ve TÜRKIYE. DEKİ ISBIRLIKCILERI !......
KAHROLSUN FAŞIZM !.....

Bağimsiz Demokratik Türkiye için!....

DENIZ GEZMIŞ ve arkadaslarinin hayatlarini kaybetmesine karşi cikalim onlar Türkiye halkinin bağimsizliği icin mücadele ettiler !.....
YAŞASIN İNTERNASYONAL DAYANIŞMA !..:..

YÜRÜYÜS: Carşamba günü saat 16.30 da U-Bahn Schlesisches Tor da baslayacak. Yürüyüş, saat 17.30 da Oranienplatzda MITİNG le son bulacak.